

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Förderung zukunftsfähiger Technologien

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Unternehmen in Deutschland müssen einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten und benötigen für diese Aufgabe einen planbaren und verlässlichen Rahmen. Aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage und verfehlter Energiepolitik ist der Druck auf Unternehmen und Privathaushalte gestiegen und es bedarf einer Neubewertung der Energiesicherheit und Energiepartnerschaften. Die öffentliche Hand ist gefordert, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um den wirtschaftlichen Wohlstand des Landes zu sichern.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

1. die Bundesregierung sich aktiv für die Förderung von Wasserstoff als alternative Energiequelle einsetzt und – in Zusammenarbeit und Koordination mit den Ländern – ein koordiniertes Netzwerk aufbaut, um die Nutzung von Wasserstoff als Brennstoff zu erleichtern. Gleichzeitig sollen Investitionen in Forschung und Entwicklung erhöht werden, um die Technologie und den Einsatz von Wasserstoff als Brennstoff zu verbessern.
2. die Bundesregierung noch im Jahr 2023 einen Masterplan Carbon-Management-Strategie für Deutschland – unter Einbeziehung der Länder – vorlegt.
3. die Bundesregierung unverzüglich Rahmenbedingungen und Maßnahmen schafft, um die Produktion und Abnahme von erneuerbaren Kraftstoffen voranzutreiben.
4. die Fördervoraussetzung für Biogasanlagen in Modul 4 der überarbeiteten Richtlinie des Förderprogrammes „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu streichen.

Begründung:

Eine bedeutende Schlüsseltechnologie für eine klimaneutrale Produktion in unserer Industrie ist der Energieträger Wasserstoff. Sein Einsatz verspricht zudem einen entscheidenden Beitrag in den Bereichen Mobilität und Wärme. Wenn wir als Wirtschaftsstandort erfolgreich bleiben und zugleich unsere Klimaziele erreichen möchten, ist es von zentraler Bedeutung, dass Deutschland sich zum Vorreiter im Bereich Wasserstoff entwickelt. Um die Wasserstoffnetze schnell auszubauen, ist eine sorgfältige Planung und Koordination der Netze unerlässlich. Dabei ist ein bundesweit koordiniertes und flächendeckendes Netz von großer Bedeutung, jedoch sollte dies nicht durch eine staatliche Bundesnetzgesellschaft umgesetzt werden. Vielmehr sollten die Länder vor Ort die Möglichkeit haben, ihre Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen, um Bürger und Wirtschaft optimal zu versorgen. Als Länder streben wir eine aktive Beteiligung an der Ausgestaltung unserer regionalen Wasserstoffstrategien an. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sollte bei der aktuellen Novelle der Nationalen Wasserstoffstrategie diese Anliegen der Länder berücksichtigen.

Die Reduktion von CO₂ in industriellen Prozessen stellt einen essenziellen Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Ohne CO₂-Speicherung sind die gesteckten Klimaziele unerreichbar. Die entsprechende Infrastruktur ist in Deutschland noch nicht verfügbar und die Technologie ist hierzulande noch verboten, obwohl bereits Leitungsnetze geplant sind, die Zeebrügge und Wilhelmshaven mit Norwegen verbinden sollen. Durch das Wilhelmshavener Netz könnten bis zu 20 Prozent des industriell produzierten CO₂ in Deutschland abgeführt werden. Um dies zu erreichen, müssen Pipelines von Rostock aus errichtet werden, um insbesondere Zementwerke und Müllverbrennungsanlagen zeitnah anschließen zu können. Der Ausbau dieser Leitungen sollte mit dem Ausbau von Wasserstoffleitungen koordiniert werden. Es ist wichtig, eine grenzüberschreitende, flächendeckende Infrastruktur zum CO₂-Transport und zur CO₂-Speicherung zu schaffen, indem ein Netzwerk zur Verbindung von CO₂-Emittenten mit möglichen Speicherorten im In- und Ausland koordiniert und geplant wird.

Wir begrüßen die Entscheidung, alle Fahrzeuge in Deutschland mit E-Fuels und Re-Fuels betanken zu dürfen, da synthetische Kraftstoffe ohne Energieverluste gelagert werden können und das Potenzial haben, die CO₂-Bilanz der Benziner- und Dieselflotte zu reduzieren. Der Aufbau von großtechnischen Pilotanlagen in Deutschland und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern bei der Herstellung von E-Fuels und Re-Fuels sind wichtige Schritte, um diese Kraftstoffe zu fördern und ihre Produktion zu skalieren. Durch die Entwicklung von Produktionspartnerschaften mit Ländern, die über geeignete erneuerbare Energiequellen verfügen, können wir sicherstellen, dass die Kraftstoffe klimaneutral produziert werden und so ihren positiven Einfluss auf die Umwelt maximieren. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung und die EU klare Rahmenbedingungen und Anreize für die Produktion und Nutzung von erneuerbaren Kraftstoffen schaffen, um die Akzeptanz und Verbreitung dieser Technologien zu fördern.

Die Anforderung im Entwurf der Novelle „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“, dass Biogasanlagen mindestens 50 Prozent ihres erzeugten Biogases intern nutzen müssen, verhindert flexible Stromproduktion und effiziente Wärmenutzung. Diese Regel sollte entweder auf die Wärmenutzung beschränkt oder ganz gestrichen werden, um flexible Stromerzeugung zu ermöglichen. Bestandsanlagen sollten dagegen, wie bereits vorgesehen, ausgenommen bleiben.